

Wie es zur heutigen Situation kam:

Landnahme der Israeliten *Es ist nicht das Geschehen im 20. Jahrhundert gemeint, sondern die Entstehung des Gemeinwesens der Israeliten/Juden.*

Als **Landnahme der Israeliten**, **israelitische Landnahme**, **Landnahme Kanaans** oder **Einnahme des Landes Kanaan** wird der Übergang der Spätbronzezeit zur frühen [Eisenzeit](#) in Israel/Palästina in der Bibelwissenschaft wie auch der Vorderasiatischen Archäologie diskutiert. Im 20. Jahrhundert standen sich zunächst zwei Schulen gegenüber: Albrecht Alt beschrieb die [Landnahme](#) als überwiegend friedliches Einsickern von Halbnomaden ins Kulturland (Infiltrationsmodell), William Foxwell Albright dagegen als kriegerische Eroberung. Albrights Modell erfordert nach [Eckart Otto](#) eine „Umdeutung der archäologischen Befunde“, um die biblische Überlieferung als im Wesentlichen historisch zuverlässig zu erweisen.^[1]

Viele historisch-kritische Exegeten stufen das Bild eines einheitlichen militärischen Eroberungsvorgangs im Josuabuch als literarische Konstruktion aus späterer Zeit ein und datieren die Landnahmetexte frühestens in die zweite Hälfte des 8. Jahrhunderts v. Chr., als das [Nordreich Israel](#) und das [Südreich Juda](#) bereits selbst Landverluste und Exilierungsgefahr erfuhren.^[2] Das [Buch Richter](#) legt ein spannungsvolles Zusammenleben verschiedener [Ethnien](#) im Siedlungsraum Israels nahe.

Die [Vorderasiatische Archäologie](#) diskutiert das Thema „Landnahme“ mit verschiedenen Hypothesen zur Entstehung des Volkes Israel. Neue Befunde zur frühen Eisenzeit (~1200–1000 v. Chr.) stellten das an der Bibel orientierte Eroberungsmodell in Frage, wonach Israel als handlungsfähige Größe in [Ägypten](#) entstand, von außen in Kanaan eindrang und sich gegen dortige Ethnien durchsetzte. Neben das Infiltrationsmodell, Israel sei im Zuge des Weidewechsels von Halbnomaden neben Kanaan entstanden, trat das Revolutionsmodell, Israel sei aus Aufständen ländlicher [Apiru](#) gegen die Städte in Kanaan entstanden. Das jüngste Evolutionsmodell verbindet den Weidewechsel mit dem Zusammenbruch der kanaanäischen Stadtkultur, der

die Sesshaftwerdung der Halbnomaden ermöglicht habe.[3] Die Israeliten teilen sich in 12 Stämme und besiedelten große Teile Palestinas.

...

Die erste Zerstörung

Juda war ein [eisenzeitliches](#) Königtum im östlichen [Mittelmeerraum](#)[1] in den [Judäischen Bergen](#) um [Jerusalem](#). Seine Gründung geht nach [biblischer](#) Darstellung auf König [David](#) zurück. Da über weite Strecken die biblischen Texte die einzigen Quellen darstellen und deren Wert für eine historische Auswertung umstritten ist, liegen einige Abschnitte der Geschichte Judas im Dunkeln.

Die Eroberung Jerusalems durch Nebukadnezar II. im Jahr 587 v. Chr. bedeutete das Ende der Eigenstaatlichkeit. Nach der Zerstörung der beiden Reiche Israel und Juda (586 vor Christus) flohen Tausende von Juden entweder ins Ausland oder wurden vertrieben. Die Region wurde Teil des neubabylonischen Reiches, später im Achämenidenreich die persische Provinz Jehud. Erst unter den Makkabäern kam es wieder zu einem selbstverwalteten jüdischen Leben in der Region.

Kaiser Augustus übertrug das ehemalige Philisterland König Herodes; der wiederum übergab es seiner Schwester Salome, die daraus eine jüdische Küstenprovinz machte. Nach der Niederschlagung des dritten jüdischen Aufstands (132–135) benannte der römische Kaiser Hadrian, die vormals als Judäa bezeichnete römische Provinz, in Syria/Palaestina um, zerstörte deren Hauptstadt Jerusalem und baute es als Aelia Capitolina wieder auf. Im Zuge der islamischen Expansion wurde die Region im Jahre 636 dem muslimischen Herrschaftsbereich eingegliedert.

Die Kreuzfahrer eroberten Teile der Region und errichteten Staaten/Reiche. Sie nannten die Region „Heiliges Land. Das Königreich Jerusalem bestand von 1099 bis 1291. Die Mamluken besiegten die Kreuzfahrer. Von 1516 bis 1918 war Palästina Teil des Osmanischen Reiches.

...

Die Diaspora

Seit 522 v. Chr. befinden sich Israeliten/Juden in der „Diaspora“. Unter Diaspora versteht man eine große Gruppe von Menschen, die eine gemeinsame kulturelle und regionale Herkunft haben, aber fernab ihrer traditionellen Heimat leben.

Heute gibt es etwa 15 Millionen Juden weltweit, und in den meisten Ländern sind sie in der Unterzahl. Sie leben "in der Diaspora".

Juden in Ägypten und Babylonien

Nach der Zerstörung der beiden Reiche Israel und Juda (586 vor Christus) flohen Tausende von Juden entweder ins Ausland oder wurden vertrieben. Aus dem 6. Jahrhundert vor Christus kennen wir zwei große jüdische Zentren in der Diaspora: [Ägypten](#) und Babylonien. Beide Gemeinden erlebten in den folgenden 2.500 Jahren Zeiten des Erfolgs und der wachsenden Bedeutung.

Nach der Zerstörung des jüdischen Landes, seiner Umbenennung in Palästina und der Vertreibung der Juden aus Judäa im 1. und 2. Jahrhundert erweiterte sich die bekannte **Diaspora**. Juden flüchteten zu den bereits bestehenden Gemeinden in Ägypten, Babylonien und Persien.

Von dort aus verschlug es sie weiter in den Fernen Osten, nach Nordafrika, in die Länder entlang des [Mittelmeers](#) bis ins heutige Frankreich und nach Spanien. Jüdische Händler folgten den [römischen](#) Armeen bis ins Rheinland. Bereits im 3. Jahrhundert sind jüdische Gemeinden in [Trier](#) und Köln belegt.

Mit der Verbreitung der heiligen Schriften und der Tradition des Studiums und der Auslegung konnten unabhängige Gemeinden im Geiste des [Judentums](#) überall entstehen. Prägend für sie war das Gefühl, im Exil zu leben, auf einer Art Insel in einem Ozean von Nichtjuden.

Im Laufe der kommenden Jahrhunderte verbreitete sich die jüdische Existenz fast überall auf der bekannten Welt. Von Britannien bis [China](#), von Dänemark bis Äthiopien. Jüdische Königreiche entstanden auf der südlichen [arabischen Halbinsel](#), in Zentralafrika und bei den Khazaren zwischen der Türkei und [Russland](#).

...

19. Jahrhundert

Die meisten europäischen Juden lehnten die Auswanderung nach Palästina und das Programm einer zionistischen Nation ab. Das [orthodoxe Judentum](#) verurteilte mit Ausnahme der 1902 gegründeten nationalreligiösen [Misrachi](#) die Schaffung eines jüdischen Staates als [Gotteslästerung](#) und Bruch der [Tora](#). Nur Gott könne die Juden aus der [Diaspora](#) befreien, worauf sie bis zur Ankunft des [Messias](#) zu warten hätten. [Liberale Juden](#) betrachteten sich als Angehörige ihrer jeweiligen Nationen und traten dort für ihre [Emanzipation](#) ein, die ihnen mehr religiöse Toleranz und [demokratische](#) Rechte bringen sollte. Sie betrachteten den Zionismus als Gefährdung ihrer sozialen Assimilation und als Verrat an ihrer Nation, sowie als Faktor, der dem Antisemitismus Vorschub leistete. Sowohl der [Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens](#) im [Deutschen Reich](#) als auch der [Bund](#) in [Wilna](#), als Vertretung der jüdischen Arbeiterschaft in Osteuropa, **vertraten [antizionistische](#) Ansichten** und gründeten entsprechende [Komitees](#).

[Zwi Hirsch Kalischer](#) (1795–1874) aus [Thorn](#) schrieb 1861 das Buch *Drischath Zion (Zions Herstellung). Erst in Palästina sei das jüdische Volk vor weiterer Zerstreung, Auflösung und Verfolgung sicher und könne seine Bestimmung erkennen*. In diesem Kampf um nationale Unabhängigkeit soll-ten sich die Juden den Nationalismus der europäischen Völker als Beispiel nehmen: *„Wenn sich viele Juden [im Land Israel] ansiedeln und ihre Gebete am heiligen Berg sich mehren, dann wird der Schöpfer sie erhören und den Tag der Erlösung beschleunigen.“*^[12] Beide Rabbiner brachten ein Umdenken in der jüdischen Orthodoxie in Gang, das die spätere zionistische Bewegung vorbereitete.

Nur ein Bruchteil auswandernder Juden wählte Palästina zur neuen Heimat. Seit etwa 1870 hatten sich osteuropäische jüdische Familien allmählich dort angesiedelt. Sie betrieben als Landwirte Ackerbau und Viehzucht und kultivierten dazu Wüstenland. Diese Perspektive schien vielen einfachen und religiösen Juden naheliegend, war aber kaum von zionistischen Motiven bestimmt und organisiert. Bis 1904 wuchs ihre Zahl auf etwa 24.000 meist osteuropäische Juden.[

Als eigentlicher **Beginn der zionistischen Bewegung** gilt die ab 1880 entstandene osteuropäische Sammlungsbewegung ***Chibbat Zion*** („Zionsliebe“). Deren Ortsvereine waren in vielen russischen und rumänischen Städten vertreten und nannten sich *Chowewe Zion* („Zionsfreunde“). Sie sammelten etwa 3000 Auswanderungswillige für gemeinsame Siedlungsprojekte in Palästina. Im Sommer 1882 erreichte die Studentengruppe ***Bilu*** als erste dieses Ziel und baute die Siedlung ***Rischon-le-Zion*** („Erste in Zion“) auf.

Der aus ***Wien*** stammende Nathan Birnbaum (1864–1937) gilt als Schöpfer des Begriffs ***Zionismus***, der erstmals schriftlich in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Selbst-Emancipation* **am 16. Mai 1890** auftaucht und sich schnell als geläufige Bezeichnung für die jüdische Nationalbewegung durchsetzte, nicht nur bei Befürwortern und Gegnern des Zionismus, sondern auch bei Antisemiten. Obwohl Zionist, forderte Birnbaum, **anders als *Theodor Herzl***, die volle, auch die ethnisch-kulturelle Gleichberechtigung der Juden in der Diaspora (*Die nationale Wiedergeburt des jüdischen Volkes in seinem Land*, 1893) und wandte sich später vom Zionismus ab

Angesichts des deutschen Rasse-Antisemitismus, wie ihn ab etwa 1880 ***Karl Eugen Dühring*** und ***Wilhelm Marr*** vertraten, hatte sich ***Theodor Herzl (1860–1904)*** zum Zionisten gewandelt. Während der ***Dreyfus-Affäre*** in Frankreich schrieb er das Buch ***Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage***, das 1896 erschien. Darin führte er seine Idee einer souveränen staatlichen Organisation aus, um dem planlosen und zerstreuten Auswandern von europäischen Juden ein gemeinsames Ziel zu geben und

Siedlungsaktionen völkerrechtlich abzusichern. Dabei dachte Herzl anfangs noch nicht unbedingt an einen jüdischen Staat in Palästina; Ostafrika oder Südamerika waren ihm ebenfalls genehm. Er begründete seine Idee kaum mit religiösen Motiven, sondern mit dem Scheitern der [Jüdischen Emanzipation](#) gerade in den angeblich „zivilisierten“ Ländern Europas. So hatte er bis dahin besonders Frankreich als Hort des sozialen und kulturellen Fortschritts gesehen. Nun urteilte er, der Antisemitismus werde nie verschwinden, alle Bemühungen der Juden um [Assimilation](#) würden ihn eher noch verstärken. Nur die Sammlung der Juden in einem eigenen Land könne daher der Ausweg sein.

Herzls Buch wurde anders als die Bücher seiner Vorläufer viel beachtet und gab den Anstoß zum internationalen Zusammenschluss der bestehenden nationaljüdischen Vereine. Am 29. August 1897 trafen daraufhin 200 von ihren Vereinen gewählte Delegierte in [Basel](#) zum ersten [Zionistenkongress](#) zusammen. Dort forderte Herzl zusammen mit dem Organisator [David Farbstein](#) erstmals einen **völkerrechtlich legalisierten Judenstaat in Palästina**. Daraufhin gründete sich die [Zionistische Weltorganisation](#) (*World Zionist Organisation*, abgekürzt **WZO**) mit dem Programm: **„Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.“**^[20] Dies wurde das gemeinsame Ziel aller zionistischen Strömungen. Das Wort „Judenstaat“ wurde dabei vermieden, um die Gestalt des angestrebten Gemeinwesens nicht festzulegen. Um die Zionsfreunde einzubinden, nannte die Erklärung als erstes Mittel zum Erreichen des Ziels: **„Die zweckdienliche Förderung der Besiedelung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden.“**^[21] Herzl erreichte damit den Vorrang für [Diplomatie](#) und konnte Pläne für neue jüdische Siedlungen ohne völkerrechtliche Absicherung zunächst zurückweisen

...

20. Jahrhundert

Es wanderten von 1904 bis 1914 etwa 40.000 meist junge russische Juden nach Palästina aus. Dort wuchs die jüdische Bevölkerung bis 1914 auf etwa 85.000 Menschen an. Die Einwanderer waren von den russischen sozialen Bewegungen geprägt

Vor allem [Chaim Weizmann](#) erreichte als Vertreter der WZO jedoch durch geschicktes Verhandeln die Zusage der britischen Regierung, die schon bestehenden jüdischen Siedlungen unter ihren Schutz zu stellen und weitere Einwanderung zuzulassen. Am 2. November 1917 gab der britische Außenminister [Arthur Balfour](#) brieflich die nach ihm benannte [Balfour-Deklaration](#) gegenüber dem engagierten britischen Zionisten [Walter Rothschild, 2. Baron Rothschild](#) ab: Die Regierung betrachte die „Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen“ und werde die „größten Anstrengungen unternehmen, um das Erreichen dieses Ziels zu erleichtern.“ Diese Erklärung übernahm die Zielformulierung der WZO; damit hatte erstmals ein europäischer Staat deren Ziel eines jüdischen Staates in Palästina anerkannt. **Dabei sollten „die zivilen und religiösen Rechte der ansässigen nichtjüdischen Bevölkerung gewahrt werden“.**

1922 übertrug der [Völkerbund](#) Großbritannien das seit 1918 faktisch ausgeübte Mandat, die Balfour-Erklärung zu verwirklichen. Da diese offenließ, wie die „nationale Heimstätte“ der Juden aussehen und erreicht werden sollte, suchte die WZO diese Fragen zunächst **einvernehmlich mit den Arabern zu klären. Diese hatten die Balfour-Deklaration nicht abgelehnt und die jüdische Einwanderung begrüßt, sofern dabei arabische Interessen berücksichtigt blieben.**

Am 3. Januar 1919 schloss Weizmann mit [Faisal I.](#) das [Faisal-Weizmann-Abkommen](#), in dem [Syrien](#) die weitere jüdische Ansiedlung und eine jüdische Interessenvertretung in Palästina anerkannte. Die WZO verzichtete auf eine autonome Regierung und stimmte ihrerseits zu, das Streben der Araber nach einem unabhängigen arabischen Staat zu unterstützen.

Am 27. Februar 1919 erläuterten die Vertreter der WZO, darunter Weizmann, dem Obersten Alliierten Rat ihre Vorstellungen: die Förderung jüdischer Zuwanderung und Ansiedlung von jährlich bis zu 80.000 Juden, ihre offiziell anerkannte Vertretung in Palästina, die Erlaubnis zum Aufbau eines hebräischen Bildungssystems und die bevorzugte Vergabe von Konzessionen für unerschlossenes Land an Juden.

...

Großbritannien erkannte die eigenen während des Weltkriegs den Haschemiten gemachten Zusagen für ein selbständiges Großarabien nicht an. Daraufhin entstand Widerstand gegen eine weitere jüdische Besiedlung Palästinas bei den dort ansässigen Arabern und denen der weiteren Region. Sie sahen diese nun als Ausdruck imperialistischer britischer Politik, die gegen ihr Ziel einer großarabischen Nation gerichtet sei. Eine Resolution des syrischen Kongresses vom 2. Juli 1919 wandte sich gegen ein jüdisches Gemeinwesen „im südlichen Teil Syriens, Palästina genannt“. Arabische Delegierte protestierten vor einer von US-Präsident Woodrow Wilson entsandten Kommission gegen einen Judenstaat.

Im April 1920 übertrug der Völkerbund Großbritannien das Mandat zur Verwaltung Palästinas und damit zur Erfüllung der Balfour-Deklaration. Premierminister David Lloyd George ernannte mit Sir Herbert Samuel einen britischen Juden zum Hochkommissar in Palästina. Dadurch wuchs die Erbitterung vieler Araber über die Briten und die jüdischen Siedler Palästinas, die sie nun als gegen sich verbündet ansahen.

Im selben Monat griffen Araber in Jerusalem erstmals Juden an, plünderten jüdische Geschäfte, töteten und verletzten jüdische Anwohner. Das britische Militär griff nicht ein. Im Mai 1921 wurden bei neuen arabischen Ausschreitungen 43 Juden in Jaffa ermordet; die ebenfalls angegriffene jüdische Siedlung Petach Tikwa konnte sich erfolgreich verteidigen.

Die Untersuchungskommission stellte fest, dass arabische Polizei sich an Übergriffen auf Juden beteiligt habe, statt diese zu schützen. Zuvor hätten

zionistische Behörden „hebräische Arbeit“ propagiert. Juden, die arabischen Großgrundbesitz gekauft hatten, stellten bevorzugt jüdische Neusiedler ein und entließen die ansässigen Araber. Die britische Verwaltung erlaubte nun Juden, aber nicht Arabern, Waffen zu ihrer Selbstverteidigung zu tragen. [Winston Churchill](#), damals britischer Kolonialminister, erlaubte weitere jüdische Einwanderung, ohne dass die Gestalt und Grenze des künftigen jüdischen Staates geklärt war.

1923 wurde das britische Mandatsgebiet aufgeteilt. Der kleinere Teil wurde von nun an „Palästina“ genannt, während aus dem größeren Teil [Transjordanien](#) (erst als Sultanat, dann als Königreich [Jordanien](#)) entstand. Damit sahen die Panarabisten die Aussicht auf ein eigenes Großpalästina weiter geschwächt.

Die nationalsozialistische Judenverfolgung beschleunigte den Zustrom europäischer Juden nach Palästina ab 1935 erheblich. Soweit Flüchtlinge im Rahmen des [Ha'averah-Abkommens](#) durch Erlöse für aus Deutschland exportierte Sachkapitalien den Gegenwert von 1.000 [Palästina-Pfund](#) aufbringen konnten, bestand für sie auch über das geringe britische Einwanderungskontingent für Juden hinaus die Möglichkeit nach Palästina einzuwandern.

Nachdem 1936 der [arabische Aufstand](#) gegen die palästinensischen Juden einsetzte, lehnte die britische [Peel-Kommission](#) die Umsetzung der Balfourdeklaration ab und legte im Juli 1937 einen Teilungsplan vor. Danach sollte ein Großteil Palästinas den Arabern, der kleinere Teil mit den meisten jüdischen Siedlungen den Juden zugeteilt werden, Jerusalem und ein Küstenstreifen sollten britisches Mandatsgebiet bleiben. Weizmann, der die WZO seit 1935 leitete, sprach sich auf dem 20. Zionistenkongress für die Annahme dieses Plans aus, um so viele verfolgte Juden wie möglich zu retten. Die Vertreter der Araber lehnten den Plan jedoch ab und verlangten, ganz Palästina zu einem arabischen Staat zu machen.

Im [Weißbuch von 1939](#) legte die britische Regierung einseitig fest, die Balfourdeklaration sei bereits verwirklicht; in fünf Jahren sollten noch

maximal 75.000 Juden in Palästina einwandern dürfen. Auf einer Konferenz in London im August 1939 versuchte [Neville Chamberlain](#) erfolglos, die Vertreter der WZO zum Verzicht auf einen jüdischen Staat in Palästina zu bewegen.

1937 gründete sich in Paris der *Mossad le Alija Bet*, um die illegale Auswanderung (*Alija Bet*) von europäischen Juden zu koordinieren, meist mit Booten über die Donau nach [Rumänien](#) und weiter über den [Bosporus](#) nach Palästina. Viele der völlig überladenen Boote sanken unterwegs oder wurden von den Briten vor Erreichen der Küste Palästinas aufgebracht, ihre Insassen in Sammellagern interniert und später auf die Insel [Mauritius](#) verbannt. Die WZO erhielt nicht einmal eine britische Erlaubnis zur legalen Aufnahme jüdischer Kinder.[35]

In dieser Zeit begannen **jüdische [Untergrundorganisationen](#)**, gegen die Briten Anschläge zu verüben: ab 1937 der [Irgun](#) (Etzel) unter Führung von Jabotinsky, wozu nach einer Aufspaltung der Gruppe 1940 [Lechi](#) unter Führung von [Avraham Stern](#) hinzukam. 1941 wurde in Palästina die [Palmach](#) als jüdische „[Elite-Einheit](#)“ der Hagana gegründet, während Al-Husseini in Berlin mit Hitler zusammentraf und [Erwin Rommels \[Afrikakorps\]\(#\)](#) sich bereits in [Libyen](#) befand. Sein militärischer Vorstoß konnte in der [zweiten Schlacht von el-Alamein](#) gestoppt werden, bevor er jüdische Siedlungen erreichte.

Seit dem [Aufstand im Warschauer Ghetto](#) im Januar 1943 wuchs die Zahl jüdischer Flüchtlinge erneut. Die britische Regierung ließ nun immer häufiger jüdische Siedlungen in Palästina durchsuchen, illegale Einwanderer verhaften und verbot zionistische Zeitungen. 1944 weiteten die Organisationen Irgun und [Lechi](#) ihre Anschläge gegen die Briten aus. Die Hagana nahm Irgunmitglieder fest und lieferte einige von ihnen den Briten aus. Gleichzeitig kämpften etwa 100.000 von bis dahin 500.000 palästinischen Juden mit den Alliierten in Europa gegen die Deutschen.

...

Nach dem Zweiten Weltkrieg

...nahm der Zionistenkongress in Genf 1946 das Biltmore-Programm als Basis für seine Ziele an. Dies blieb in der WZO umstritten; radikale Gruppen forderten offenen Widerstand gegen die britische Mandatsregierung, andere einen binationalen Staat mit [gleichen Rechten](#) für Juden und Araber. Denn nur im Einvernehmen mit den arabischen Nachbarstaaten sei ein jüdischer Staat dauerhaft lebensfähig, wobei die arabischen Teile Palästinas jüdischer Besiedlung offenstehen müssten. Araber sollten sich mit Juden gegen Großgrundbesitzer zusammenschließen können.

Die US-amerikanischen Zionisten um **Ben Gurion und die sozialistische Mapai-Partei lehnten einen binationalen Staat ab**, um den *Displaced Persons* mit einem begrenzten jüdischen Staat sofort einen Zufluchtsort anbieten zu können. Die Araber in und um Palästina lehnten einen binationalen Staat ebenfalls ab.[\[39\]](#)

Aus der Sowjetunion wurden seit Februar 1946 etwa 175.000 vom NS-Regime vertriebene polnische Juden in ihr Heimatland abgeschoben, dort aber von den ortsansässigen Polen, die ihren Besitz vielfach übernommen hatten, abgelehnt. 95.000 von ihnen flohen daraufhin, besonders seit dem [Pogrom von Kielce](#) am 4. Juli 1946, weiter über Westeuropa nach Palästina. Die [Hagana](#), die [Jüdische Brigade](#) der britischen Armee und der [Mossad](#) organisierten nun gemeinsam diese **illegale Einwanderung** der Shoa-Überlebenden („[Bericha](#)“).

Im Jahr 1946 nahmen dann [Irgun](#)-Angriffe, vor allem auf britische Eisenbahnlinien und das [Arabische Hohe Komitee](#), zu. [Palmach](#)-Einheiten sprengten (vom 16. bis 17. Mai) zehn Brücken. Im Gegenzug zu den Terroranschlägen verhafteten die Mandatsträger am 29. Juni alle zionistischen Anführer, worauf am 22. Juli die Irgun einen Seitenflügel des Jerusalemer [King](#) sprengte, wo sich das britische Hauptquartier befand.

Die Eskalation der Unruhen zog sich dann durch das ganze Jahr 1947 – bis die [Vereinten Nationen](#) am 29. November dem [UN-Teilungsplan für](#)

[Palästina](#) und der Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates zustimmten.

Mit dem UN-Beschluss und dem Beginn des britischen Rückzugs nahmen nun die arabischen Unruhen und Anschläge wieder zu. Am Tag nach der Verkündung des UN-Teilungsplans (30. November) begann der zionistisch-arabische *Bürgerkrieg*. Arabische Kräfte, bestehend aus Dorfmilizen, die von der Arabischen Befreiungsarmee (*Arab Liberation Army*) unterstützt und durch europäische Söldner wie zum Beispiel Deserteure der britischen Armee und Veteranen der [kroatischen Waffen-SS](#) verstärkt wurden, standen jüdischen Milizen, darunter zahlreichen Veteranen des [Zweiten Weltkriegs](#) und den [Palmach](#)-Truppen, gegenüber. Anfang Dezember rief das Arabische Hochkomitee einen dreitägigen Generalstreik aus. Die [Arabische Liga](#) konnte vor dem vollständigen britischen Rückzug keine Invasion durchführen, plante jedoch eine Invasion am Tag nach Abschluss des Rückzugs.

...

Die Unabhängigkeitserklärung/Staatsgründung

Am 14. Mai 1948 verlas [David Ben Gurion](#) in Tel Aviv die [israelische Unabhängigkeitserklärung](#). Die [USA](#) erkannten den neuen Staat am selben Tag, die Sowjetunion am 17. Mai an. Das britische Mandat endete am 15. Mai: Mit Beginn dieses Tages griffen die Armeen [Transjordanien](#)s, des [Irak](#), des [Libanon](#), [Ägyptens](#) und [Syriens](#) Israel an. Israel besiegte sie im [Palästina](#)krieg mit Hilfe von Waffenlieferungen aus West- und Osteuropa, der [Sowjetunion](#) und den USA. Nun begann die legale *Masseneinwanderung* von Juden aus Europa in Israel. Als ersten gesetzgeberischen Akt verabschiedete die [Knesset](#) 1950 das [Rückkehrgesetz](#), das allen nach dem Gesetz als jüdisch definierten Personen das Recht zusichert, sich in Israel niederzulassen und sofort die israelische Staatsbürgerschaft zu erhalten.

Der Traum der Zionisten, durch die Errichtung eines eigenen jüdischen Staates eine sichere Heimstätte zu finden, erfüllte sich nicht. In einer ihnen feindlich gesinnten Umwelt mussten sich die Israelis ihre Existenz hart

erkämpfen und von einer Normalität des Lebens konnte keine Rede sein. Im Juni 1967 besiegte Israel im [Sechstagekrieg](#) die bedrohlich aufziehende arabische Allianz und konnte gleichzeitig mit der ägyptischen [Sinai-Halbinsel](#) samt [Gazastreifen](#), dem jordanischen [Westjordanland](#) sowie den syrischen [Golanhöhen](#) weitere Gebiete des biblischen [Eretz Israel](#) erobern. Dieser Triumph löste eine nationale und religiöse Euphorie aus und belebte den alten zionistischen Geist wieder. Im Zuge dieser Entwicklung brach auch die Diskussion über die Grenzen Israels wieder auf. Gleichzeitig wurde die [Awoda](#) als führende zionistische Partei wegen der zögernden Besiedlung der besetzten Gebiete in Frage gestellt. **Für den Neo-Zionismus ist die Besiedlung der besetzten Gebiete von zentraler Bedeutung.**

Insbesondere die Mehrheit der [Palästinenser](#) und der [arabischen](#) Staaten beschuldigen die zionistische Bewegung der **Vertreibung der Palästinenser aus ihren Siedlungsgebieten** und stellen das **Existenzrecht des Staates Israel überhaupt in Frage**. Der Zionismus wird von ihnen als fortbestehende Form des [David Hotels](#) [Kolonialismus](#) bezeichnet. **Dieser Streit bildet den ideologischen Hintergrund des Nahostkonflikts.**

Aufsehen erregte im Jahre 1975 die [Resolution 3379](#) der UN-Generalversammlung, in der Zionismus als eine Form des [Rassismus](#) bezeichnet wurde. Die Resolution wurde am 16. Dezember 1991 durch die [Resolution 4686](#) von der UN-Generalversammlung mit 111 zu 25 Stimmen bei 13 Enthaltungen zurückgenommen. Nach Verlautbarung des israelischen Außenministeriums habe Israel seine Teilnahme an der Madrider Friedenskonferenz 1991 von der Rücknahme der Resolution abhängig gemacht. 1998 bezeichnete UN-Generalsekretär [Kofi Annan](#) die Resolution 3379 als einen *Tiefpunkt in der Geschichte der Vereinten Nationen*. Die vom [Europarat](#) eingesetzte Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) veröffentlichte im Jahr 2005 ein Arbeitspapier über die Formen des heutigen Antisemitismus, in dem sie betonte, dass sich in der Behauptung, der Staat Israel sei „ein rassistisches Vorhaben“, [Antisemitismus](#) manifestiere.

...

Die „Siedlungen“

Als **israelische Siedlung** werden Städte und Dörfer in jenen [israelisch besetzten Gebieten](#) im [Westjordanland](#) und [Ost-Jerusalem](#) bezeichnet, die außerhalb der [Grünen Linie](#), der Waffenstillstandslinie von 1949, liegen.[1] Dort leben ca. 700.000 jüdische Siedler (Stand 2019).[2]

Die Siedlungen, die von den [israelischen Streitkräften](#) bewacht und verteidigt werden, werden vom [Internationalen Gerichtshof](#) und von den [Vereinten Nationen](#) als **völkerrechtlich illegal** eingestuft,[3][4] zuletzt 2016 in der [Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrates](#).^[5] **Obwohl Israels Regierung den gegenteiligen Standpunkt vertritt,**^[6] **erklärte das oberste Gericht des Landes Enteignungen im Westjordanland mehrfach für verfassungswidrig.**

Diese **Liste israelischer Siedlungen** führt alle [israelischen Siedlungen](#) im [Westjordanland](#) (israelische Bezeichnung: [Judäa und Samaria](#)) auf. 2018 gab es nach offiziellen israelischen Angaben 448.672 Einwohner in 133^[1] bestehenden Siedlungen und zwischen 90 und 100 Außenposten.

Bereits innerhalb eines Monats nach Kriegsende entstand auf den Golanhöhen mit dem Kibbuz [Merom Golan](#) die erste Siedlung.^[13] Die ersten, von [Awoda](#)-Regierungen bis 1977 gebauten Siedlungen des Westjordanlands wurden mit dem ausdrücklichen Ziel errichtet, eine jüdische Mehrheit in wichtigen strategischen Gebieten wie dem Tel-Aviv-Jerusalem-Korridor zu sichern. Die erste nach dem Sechstagekrieg dort gegründete Siedlung war Kfar Etzion.^[14] Sie entstand im September 1967. 1968 gab es nur fünf dünn besiedelte Siedlungen jenseits der Grünen Linie.

Während Vizepremier [Jigal Allon](#) die Bedeutung von Siedlungen in strategisch wichtigen Gebieten für die Errichtung sicherer Grenzen betonte, sprach Verteidigungsminister [Mosche Dajan](#) von „**neuen Tatsachen**“, die

mit den Wehrdörfern geschaffen würden, von „Israelisierung“ besetzter Gebiete.

Eine weitere frühe Siedlungsgründung begann in der Stadt [Hebron](#), in der sich das Grab des Patriarchen Abraham befindet. Dort hatte es bis zu den antijüdischen [Massakern 1929](#) eine jahrhundertealte jüdische Gemeinde gegeben. Nicht zufällig setzte sich eine Gruppe nationalreligiöser Juden unter Führung des Rabbiners [Mosche Levinger](#) zum Pessach-Fest 1968 dort fest.[\[12\]](#) Nach Verhandlungen mit der Regierung wurde 1970 dann die Siedlung [Kirjat Arba](#) im Osten der Stadt gegründet.

Bis zur Wahl von [Menachem Begin](#) zum Ministerpräsidenten 1977 wurden nur wenige solcher religiös-ideologischen Siedlungen gegründet. **Begins und folgende Likud-geführte Regierungen gewährten Juden finanzielle Anreize**, nach Judäa und Samaria zu ziehen, auch wenn die besiedelten Gebiete keinen strategischen Wert hatten. Ihr Zweck war es, Israels Einfluss auf das Territorium, das Teil des biblischen und historischen Israel war, zu festigen und **der Schaffung eines palästinensischen Staates zuvorzukommen**. Unmittelbar nach den Wahlen von 1977 lebten 1.900 Juden in 38 Siedlungen.

1972

2010

11.231 106.595 281.800 441.165 484.562 512.769

Im Jahr 2016 lebten 391.000 israelische Siedler im Westjordanland, 201.000 in Ost-Jerusalem.[\[34\]](#)

Bis auf die annektierten Gebiete Ostjerusalem und Golan können auch israelische Staatsbürger nur mit Erlaubnis der Regierung in die besetzten Gebiete ziehen.

Nationalreligiöse Juden betonen die historische Verbundenheit der Juden mit den fraglichen Gebieten.[\[35\]](#) Sie glauben, dass **Gott den Juden dieses Land versprochen hat**, wie es in der [Tora](#) geschrieben steht. Sie werden in Europa u. a. lediglich von den 5 bis 15 Mitgliedern im EU-Zusammen-

schluss "Freunde Judäas und Samarias" unterstützt. Neben denjenigen, die aus nationalreligiösen Gründen in den Siedlungen wohnen, ziehen auch immer mehr Ärmere in die subventionierten Wohnanlagen, da sie sich die teuren Wohnungen im Raum Tel Aviv nicht leisten können.[36] Laut der Beobachtungsstelle „Peace Now“ zieht nur ca. ein Drittel der Siedler aus einer ideologischen Motivation ins Westjordanland. **Die Mehrheit komme, um in den Genuss der staatlichen Subventionsprogramme zu gelangen.** Ein Drittel der Siedler sei säkular eingestellt.

Das letzte verbindliche Rechtsinstrument auf dem Territorium der Siedlungen war das britische [Völkerbundsmandat für Palästina](#), welches das Recht auf jüdische Besiedlung im gesamten Mandatsgebiet anerkannte. Diese Rechte unter dem britischen Mandat wurden von der Nachfolgeorganisation des Völkerbunds, der UNO, unter Artikel 49 der [Charta der Vereinten Nationen](#) aufrechterhalten.

Die Einrichtung und Erweiterung der israelischen Siedlungen im Westjordanland und im Gazastreifen wurden vom [Sicherheitsrat der Vereinten Nationen](#) mehrmals als illegal bezeichnet, beispielsweise in den Resolutionen [446](#), [452](#), [465](#) und [471](#). Am **23. Dezember 2016** befand der Sicherheitsrat in der [Resolution 2334](#), **dass die Siedlungen einen flagranten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen, der [Zweistaatenlösung entgegenstünden](#) und Israel die Siedlungsaktivitäten beenden müsse.** Die [USA](#) legten das erste Mal in 36 Jahren kein [Veto](#) zugunsten Israels ein. [38] Wie frühere Resolutionen bezüglich Israel ist auch diese unter Kapitel VI der [UN-Charta](#) verabschiedete Resolution völkerrechtlich nicht bindend.

Grundlage für die Position der Vereinten Nationen und des Internationalen Gerichtshofs ist die Vierte Genfer Konvention von 1949, die besagt:

„Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln.“ – Artikel 49/Absatz 6 des [Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten](#)

Der Internationale Gerichtshof vertrat in einem Gutachten an die UNO-Vollversammlung die Anwendbarkeit der vierten Genfer Konvention auf die palästinensischen Gebiete. Das Gericht argumentierte, dass nach Artikel 2 der Genfer Konvention die Konvention in allen Fällen gilt, in denen es einen bewaffneten Konflikt zwischen zwei vertragsschließenden Parteien gibt, unabhängig von dem Status der Territorien im internationalen Recht vor einem Angriff.

Israel vertritt die Position, dass das Westjordanland und der Gazastreifen seit dem Ende des [britischen Mandats](#) niemals Teil eines souveränen Staates gewesen seien. Die völkerrechtswidrige Annexion des Westjordanlandes durch Jordanien war international nicht anerkannt. Das Territorium sei formaljuristisch nicht besetzt, die Vierte Genfer Konvention deshalb nicht auf das Westjordanland anwendbar.^[39] Zudem beziehe sich der Artikel 49 nur auf den erzwungenen Transfer großer Bevölkerungsteile, bei den Siedlungen handle es sich aber um einen freiwilligen Umzug von Zivilisten, am Anfang auch gegen den Willen der israelischen Regierung.

Außerdem gelte die Genfer Konvention nur dann, wenn es keinen Friedensvertrag gäbe, und nur zwischen zwei Staaten, die beide die Genfer Konvention anerkennen. Weil die [Verträge von Oslo](#) die Verhandlungen über den Status der Siedlungen auf später verschieben, sei der Illegalitäts-behauptung die Grundlage entzogen.

In einem nicht bindenden Rechtsgutachten zur [israelischen Sperranlage](#) zum Westjordanland hat der [Internationale Gerichtshof](#) in Den Haag 2004 die Siedlungen jenseits der Grünen Linie als illegal bewertet.

Es wird auch argumentiert, dass nach dem [Völkergewohnheitsrecht](#) keine territoriale Erwerbung als gesetzlich anerkannt werden soll, die durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt erreicht wurde, so zum Beispiel laut Stefan Talmon.

Von israelischer Seite wird auch argumentiert, dass die Abgabe von Gebieten nicht zwangsläufig zu Frieden führt. Dies habe der Verzicht auf

den Gazastreifen und die Auflösung der dortigen Siedlungen im Sommer 2005 gezeigt.

Im Jahr 2012 wurde vom [israelischen obersten Gericht](#) festgestellt, dass Siedlungen teilweise auf palästinensischen Grundstücken stehen und nicht nachträglich legalisiert werden können. Dies betraf den Ortsteil Ulpana von [Bet El](#), der im Sommer 2012 geräumt wurde und die Außenposten [Migron](#) und [Amona](#), die 2012 geräumt wurden.

Im Jahr 2020 erklärte das oberste Gericht die Enteignungen von palästinensischen Landbesitzern im [Westjordanland](#) erneut für verfassungswidrig, nachdem im Jahr 2017 ein entsprechendes Gesetz zur Legitimation der Enteignungen erlassen worden war.

Von israelischer Seite wird geltend gemacht, dass die absolute Mehrheit der Gebiete, die derzeit von den Siedlungen in Anspruch genommen werden, entweder dem Staat gehörten, von dem sie gepachtet seien, oder rechtmäßig von den Palästinensern gekauft worden seien. Es sei nicht illegal, auf diese Weise Land zu erwerben. **Für die Enteignung von palästinensischem Land wird von der israelischen Zivilverwaltung auch ein osmanisches Gesetz von 1858 angewandt.** Damit kann Land vom Staat enteignet werden, wenn es längere Zeit nicht mehr bebaut wird.

Gegner dieser Ansicht sagen, das vakante Land habe entweder geflohenen Arabern gehört oder sei gemeinschaftliches Land gewesen, das kollektiv einem Dorf gehört habe. Diese Praxis hatte sich unter osmanischer Herrschaft gebildet, die Briten und die Jordanier versuchten allerdings seit den späten 1920er Jahren erfolglos, diese Praxis zu beenden.

Die israelische Nichtregierungsorganisation [B'Tselem](#) behauptet, die israelischen Regierungen hätten das Nichtvorhandensein von modernen Rechtsdokumenten für das gemeinschaftliche Land ausgenutzt, um es sich anzueignen. Zusammen genommen befinden sich so laut B'Tselem etwa **42 % des Westjordanlands unter israelischer Kontrolle.**

Die israelische Nichtregierungsorganisation [Schalom Achschaw](#) behauptete in einem 2006 veröffentlichten Dokument, dass rund 40 % der Siedlungen auf Land errichtet wurden, das sich in palästinensischem Privatbesitz befindet. [47] Diesem Report wurden zahlreiche Fehler, Ungenauigkeiten und Lügen nachgewiesen, der Fragen zur Glaubwürdigkeit der Organisation aufwarf.

Im Januar 2009 vermeldete die israelische Tageszeitung [Haaretz](#), an eine geheime Siedlungsdatenbank gelangt zu sein, die vom Verteidigungsminister Ehud Barak wegen ihrer politischen Brisanz zurückgehalten werde. Die Datenbank legt dar, **dass in 75 % aller Siedlungen im Westjordanland Bebauungen zum Teil in erheblichem Umfang ohne Genehmigung oder sogar gegen israelische Bestimmungen vorgenommen worden seien.** In über 30 Siedlungen seien Gebäude und Infrastruktur (Straßen, Schulen, Synagogen, [Jeschiwot](#) und auch Polizeistationen) **auf Privateigentum von Palästinensern errichtet worden.**

...

Außenposten

Nach israelischem Recht ist ein Außenposten eine Siedlung, die ohne die erforderliche Genehmigung der israelischen Regierung errichtet wurde.

In einigen Fällen wurde der Abriss bestehender Außenposten angeordnet. Im Juni 2014 erhielten Palästinenser nach 6 Jahre dauerndem Rechtsstreit erstmals Schadenersatz für entgangene Einkünfte aus ihrem Land, weil der Staat den dort illegal errichteten Außenposten [Amona](#) trotz Anordnung der Zivilbehörde nicht evakuiert hat. Im Vergleich wird bestätigt, dass die Errichtung der Gebäude nicht nur ohne Genehmigung erfolgt war, sondern auch mit staatlichen Mitteln gefördert worden war.

Ein vom damaligen Ministerpräsidenten [Ariel Scharon](#) in Auftrag gegebener Regierungsbericht aus dem Jahr 2005 beschreibt heimliche Kooperationen zwischen verschiedensten Ministerien und offiziellen Stellen, um die so

genannten „Wildcat“-Außenposten zu konsolidieren, die von Siedlern vor mehr als 10 Jahren errichtet wurden. Der von der ehemaligen Vorsitzenden der israelischen Staatsanwaltschaft Talia Sasson leitend verfasste Bericht offenbarte, dass das Ministerium für Bauwesen und Wohnungsbau zwischen 2000 und 2004 einen Betrag von 71 870 000 NIS zur Finanzierung nicht genehmigter Außenposten verwendet hatte. Sasson nannte es eine „eklatante Rechtsverletzung“ und stellte fest, dass der Prozess der Erweiterung der Außenposten weitergetrieben werde.

Eine von Netanjahu im Januar 2012 eingesetzte Juristenkommission unter dem ehemaligen Obersten Richter Edmund Levy hingegen empfahl, die selbst nach israelischem Gesetz als illegal geltenden Außenposten zu legalisieren. Die israelischen Regierungen hätten ihr „stillschweigendes Einverständnis“ für die Bauten gegeben, indem sie den Bau offiziell für illegal erklärt und ihn gleichzeitig gefördert hätten.

In Folge der Räumung des Außenpostens [Amona](#) verabschiedete das Parlament im Februar 2017 das umstrittene Legalisierungsgesetz, dass etwa 4000 Siedlerhäuser, die auf privatem palästinensischem Land errichtet worden sind, nachträglich legalisiert.^[53] Während die [Awoda](#) Abgeordnete [Merav Michaeli](#) kritisierte: „Wir brauchen hier Sicherheit. Wir wollen in Ruhe und Wohlstand leben, und um dies zu erreichen gibt es keine andere Wahl, als für diesen Konflikt mit den Palästinensern eine Lösung zu finden. Das Legalisierungsgesetz ist nur ein weiterer Schritt, den Kopf in den Sand zu stecken, denn die Palästinenser werden nicht verschwinden, auch wenn wir ein Legalisierungsgesetz verabschieden.“, fragte Bildungsminister [Naftali Bennett](#): „Seit fünfzig Jahren warten wir auf eine Normalisierung. ... Wollen wir, dass in [Judäa und Samaria](#) ein palästinensischer Staat entsteht oder wollen wir israelische Souveränität über die so genannten C-Gebiete gemäß Plan Bennett?“^[54] Das Gesetz wurde im August 2017 durch das Oberstes Gericht vorläufig gestoppt.

Im April 2018 erhielten die Bewohner des Außenpostens Havat Gilad rückwirkend eine Baugenehmigung als Reaktion auf den Mord an Rasiel Schevah, einem der Einwohner der Siedlung.

US-Präsident Barack Obama sagte in seiner [Kairo-Rede 2009](#): „Die Vereinigten Staaten betrachten die fortgesetzte israelische Besiedelung nicht als legitim. Sie verletzt bestehende Abkommen und untergräbt die Bestrebungen, Frieden zu erreichen. Es ist an der Zeit, dass diese Besiedelung aufhört.“^[77] Auf Netanjahus Ankündigung weiterer Siedlungen im September 2009 reagierte das Weiße Haus mit einer Pressemitteilung, in der sie den Stopp der Ausdehnung fordert.^[78] US-Präsident [Donald Trump](#) befand im Februar 2018, der Siedlungsbau erschwere den [Nahost-Friedensprozess](#).^[79] Nach der Wahl von Trump gab es allerdings einen Ausgabenschub in den Siedlungen, die Aufwendungen für Straßen, Schulen und öffentliche Gebäude stiegen 2017 im Westjordanland um 39 %. Sowohl Befürworter als auch Kritiker der Siedlungsbewegung hatten zuvor von einem „Trump-effekt“ gesprochen, der Erwartung, dass die freundlichere Herangehensweise des Präsidenten zu einem erweiterten Ausbau der Siedlungen führe.^[2] Am 18. November 2019 erklärte die US-Regierung durch ihren Außenminister [Mike Pompeo](#), dass der israelische Siedlungsbau im Westjordanland legal sei und nicht gegen internationales Recht verstoße.

Im Zusammenhang mit den Siedlungen gibt es gewalttätige Angriffe von Palästinensern und Siedlern. Immer wieder werden Siedler Opfer von Angriffen in den Siedlungen oder auf den Straßen dorthin. So drangen mehrmals Attentäter in Siedlungen ein und ermordeten ganze Familien. Aufsehen erregten dabei besonders die Fälle des erschossenen Babys Schalhewet Pass in Hebron 2001^[83] und die Ermordung der [Familie Fogel](#) in der Siedlung Itamar 2011.^[84] **Die Terrororganisation Hamas bezeichnet israelische Siedler als „legitimes Angriffsziel“.**

Andererseits greifen Siedler palästinensische Nachbardörfer an. Auch Zerstörung in der Nähe der Siedlungen liegender Ölbäume und anderer Landwirtschaftsflächen aus Rache oder zur Vertreibung von Bauern

kommen immer wieder vor. Laut [IKRK](#) wurden zwischen 2007 und 2010 10.000 Ölbäume von Siedlern umgeschnitten oder verbrannt.[\[86\]](#) Diese Übergriffe werden laut Haaretz jedoch von den Behörden und Medien selten weitergegeben.

Während Palästinenser für ihre Angriffe intensiv verfolgt werden, ist dies bei Siedlern seltener der Fall. Ende 2013 fällte erstmals ein Militärrichter einen Freispruch gegen Palästinenser, die wegen Steinwürfen angeklagt waren, weil der Siedler auf der Gegenseite, der ebenfalls Steine geworfen hatte, in keiner Weise belangt worden war.

Nach den ersten Evakuierungen illegaler Außenposten durch die israelische Armee führte eine extremistische Gruppe aus dem Umkreis der Siedler die so genannte „Preisschildpolitik“ ([englisch](#) *pricetag*) ein. **Für jeden von der israelischen Armee zerstörten illegalen jüdischen Außenposten wird palästinensisches Eigentum als „von den Palästinensern zu bezahlender Preis“ zerstört.** Dabei wurden auch Moscheen angezündet. Am 7. September 2011 „bestrafte“ diese extremistische Gruppe erstmals auch die israelische Armee für eine zwei Tage zuvor durchgeführte Evakuierung. Ein Armeestützpunkt wurde verwüstet und dort geparkte Fahrzeuge beschädigt.[\[89\]](#) Zwei Tage davor war schon in diesem Zusammenhang eine palästinensische Moschee beschädigt worden, ein Akt, der auch von der EU verurteilt wurde.[\[90\]](#) In den darauffolgenden zwei Jahren richteten sich die Attacken vermehrt auch gegen christliche Ziele.[\[91\]](#) Laut einem Bericht des [Schin Bet](#) stecken hinter den Price-Tag-Attacken vor allem um die 100 Anhänger [Yitzchak Ginsburghs](#) aus der Umgebung der Siedlung Jitzhar.

Ab Ende des 2010er Jahrzehnts begannen israelische Siedlungsbewohner palästinensische Bauern gewaltsam von Landflächen im Westjordanland zu [vertreiben](#). Innerhalb weniger Jahre dehnte sich die von israelischen Siedlern beanspruchte Landfläche im Westjordanland auf das doppelte der Siedlungsfläche aus. Laut Studien der israelischen Menschenrechtsorganisation [B'Tselem](#) und der Friedensbewegung [Peace Now](#) stieg die **Zahl der Gewalttaten gegen Palästinenser zwischen 2019 und 2020**

von 363 auf 507. In der ersten Hälfte 2021 wurden bereits 416 Fälle registriert. Dokumentiert ist, dass das israelische Militär bei Über-fällen auf palästinensische Bauern nicht eingriff

Die meisten Israelis bezeichnen den [Palästinakrieg](#) von 1948 als Unabhängigkeitskrieg, die meisten arabischen Israelis dagegen als [Nakba](#) (Katastrophe), was die unterschiedliche kollektive Sichtweise der Ziele und Ergebnisse des Krieges widerspiegelt.

In der Folge des Palästinakrieges wurde das Gebiet des [Völkerbundsmandats für Palästina](#) de facto in drei Teile geteilt: den Staat Israel, das Westjordanland unter jordanischer Hoheit und den von Ägypten verwalteten Gazastreifen. Jordanien, das anfangs ebenfalls zum britischen Mandatsgebiet gehörte (Transjordanien), hatte bereits 1946 seine volle Unabhängigkeit erhalten. 80 % der schätzungsweise 950.000 Araber, die vor dem Krieg im Gebiet des späteren Staates Israel lebten,[\[29\]](#) verließen dieses Gebiet. Es ist umstritten, wie viele von ihnen flüchteten und wie viele vertrieben wurden; nur ca. 156.000 blieben im Israel.[\[30\]](#) Der israelische Historiker [Benny Morris](#) stellt fest:

„Die meisten der 700.000 palästinensischen *Flüchtlinge* verließen ihre Heimat wegen der Schrecken des Krieges (und in der Erwartung, dass sie im Gefolge der siegreichen arabischen Angreifer bald in ihre Häuser zurückkehren würden). Es stimmt jedoch auch, dass es mehrere Dutzend Orte gab, von denen die arabischen Einwohner durch die jüdischen Truppen vertrieben wurden, darunter [Lydda](#) und [Ramla](#).“

Ende 2013 waren 71.600 der arabischen Israelis 65 Jahre und älter[\[32\]](#) und damit schon zum Zeitpunkt der Staatsgründung am Leben, während die anderen Angehörigen dieser heute mehr als 1,2 Millionen zählenden Bevölkerungsgruppe ihre in der Regel in Israel geborenen Nachfahren sind. Hinzu kommen einige Araber aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland, die durch Regelungen zur Familienzusammenführung die israelische Staats-

bürgerschaft erhalten haben, sowie deren Nachfahren. **Familienzusammenführungen wurden inzwischen wieder erschwert.**

Araber, die während der bewaffneten Konflikte ihre Häuser verlassen hatten, aber fortan auf israelischem Staatsgebiet lebten, und ihre Nachkommen, galten als „present absentees“ oder interne palästinensische Flüchtlinge. Schätzungsweise 46.000 der nach dem Palästinakrieg verbliebenen 156.000 Araber waren „present absentees“.[\[34\]](#) **In einigen Fällen wurden ihnen die Rückkehr in ihre Häuser verweigert, und diese wurden enteignet und in Staatsbesitz überführt, ebenso wie das Eigentum der palästinensischen Flüchtlinge außerhalb Israels.**

Heute gelten ca. 274.000 arabische Israelis, etwa jeder vierte, als „present absentees“,[\[37\]](#)[\[38\]](#) davon etwa 11.800 (im Jahr 2013), die zum Stichtag der Enteignung (19. Mai 1948) schon geboren waren.[\[39\]](#) Bekannte Fälle der „present absentees“ sind z. B. die Einwohner von [Zippori](#) und der Dörfer [Kafr Bir'im](#) und [Iqrit](#) in [Galiläa](#).

Die meisten Araber, die in Israel geblieben waren, erhielten zwar 1952 durch das *Nationality Law* die israelische Staatsbürgerschaft, sie unterlagen in den ersten Jahren nach der Staatsgründung jedoch auch dem Kriegsrecht.[\[40\]](#) Reisegenehmigungen, Ausgangssperren, Administrativhaft (Haftstrafen ohne Gerichtsverfahren) und Ausweisungen waren bis 1966 Teil des Alltags in Israel. **Mit verschiedenen Gesetzen wurde die Übertragung von Land, das von den arabischen Besitzern verlassen worden war, in Staatseigentum ermöglicht. Dazu gehörten das *Absentee Property Law* von 1950, das dem Staat ermöglichte, Land zu übernehmen, dessen Besitzer sich nach Auswanderung, Flucht oder Vertreibung im Ausland aufhielten, sowie das *Land Acquisition Law* von 1953, mit dem das Finanzministerium autorisiert wurde, enteignetes Land in Staatsbesitz zu überführen. Andere verbreitete legale Hilfsmittel waren die Anwendung von Notfallvorschriften, um Land, das arabischen Israelis gehörte, zur militärischen Sperrzone zu erklären, gefolgt von der Anwendung osmani-**

scher Gesetze über verlassenes Land, um das Land in Besitz zu nehmen.

In der [israelischen Unabhängigkeitserklärung](#) wird die Gründung eines Staates deklariert, der all seinen Bürgern, unabhängig von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung gewährt.[\[143\]](#)

Die Menschen- und Bürgerrechte werden von mittlerweile elf Grundgesetzen (Israel hat keine geschriebene Verfassung) garantiert.[\[144\]](#) In den Grundgesetzen kommt zwar der Begriff „Recht auf Gleichbehandlung“ nicht ausdrücklich vor, der Oberste Gerichtshof hat jedoch die Grundgesetze „Menschenwürde und Freiheit“[\[145\]](#) und „Freiheit der Berufswahl“[\[146\]](#) durchgängig als Garant gleicher Rechte für alle israelischen Staatsbürger interpretiert.

Das israelische Außenministerium äußert dazu: „Arabische Israelis sind Bürger von Israel mit den gleichen Rechten“ und „Der einzige rechtliche Unterschied zwischen arabischen und jüdischen Bürgern ist kein gesetzlicher, sondern vielmehr einer der Bürgerpflicht. Seit der Gründung Israels waren arabische Bürger von der Wehrpflicht in den israelischen Streitkräften ausgenommen.“[\[148\]](#) Drusische und [tscherkessische](#) israelische Männer werden zur Wehrpflicht herangezogen; alle anderen israelischen Araber können freiwilligen Wehrdienst in der israelischen Armee leisten, dies tun jedoch nur sehr wenige.

Viele arabische Israelis haben den Eindruck, dass der Staat und die israelische Gesellschaft im Ganzen sie nicht nur als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt, sondern sogar als Feinde betrachtet.[\[149\]](#) In dem Dokument von 2006: [The Future Vision of the Palestinian Arabs in Israel](#), dessen Autoren namhafte arabische Israelis sind, heißt es: „Die Definition des israelischen Staats als jüdischem Staat und die Vereinnahmung der Demokratie im Dienste des Judentums schließt uns aus und schafft Spannungen zwischen uns dem Wesen und der Natur des Staates.“ Das Dokument verdeutlicht, **dass das Konzept des Jüdischen Staates per Definition auf einer Bevorzugung des jüdischen Volkes besteht**, die gesetzlich in der

Einwanderungspolitik und in der Landpolitik verankert ist. Die Verfasser fordern die Schaffung von Einrichtungen zum Schutz der Minderheitenrechte unter der Aufsicht einer unabhängigen Antidiskriminierungskommission.

Während Juden, die nach Israel einwandern, in der Regel automatisch die israelische Staatsbürgerschaft erhalten, gestaltet sich die Einbürgerung von Nichtjuden und besonders von Arabern wesentlich schwieriger. Am 31. Juli 2003 verabschiedete Israel als Zusatz zum israelischen Staatsbürgerschaftsgesetz ein Gesetz zur Staatsangehörigkeit und Einreise nach Israel (Citizenship and Entry into Israel Law, Temporary Provision, 5763-2003) in Form einer jährlich zu verlängernden Verordnung. Nach diesem Gesetz ist die Vergabe der israelischen Staatsbürgerschaft und des Aufenthaltsrechts in Israel an Palästinenser aus den Palästinensergebieten, also dem Westjordanland und dem Gazastreifen, untersagt. Dies ist selbst dann der Fall, wenn die Zuwanderung im Rahmen der Familienzusammenführung, z. B. nach einer Eheschließung mit einem israelischen Staatsbürger, erfolgen soll. Das Gesetz läuft der internationalen Praxis zur Familienzusammenführung zuwider.

Die [Israelische Unabhängigkeitserklärung](#) deklariert, dass der Staat Israel all seinen Bürgern unabhängig von Religion, Rasse oder Geschlecht Religionsfreiheit, Gewissensfreiheit und das Recht auf ihre Sprache und Kultur sowie auf Bildung garantiert. Die arabischen Bürger sind zwar dem Gesetz nach gleichberechtigte Israelis, doch viele offizielle Quellen belegen, dass Araber in Israel in vielen Bereichen des Lebens diskriminiert werden. Theodor Or, ehemaliger Richter des Obersten Gerichtshofs, schrieb im Bericht der [Or-Kommission](#), einer vom Staat eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Ereignisse vom Oktober 2000:

„Die arabischen Bürger Israels leben in einer Realität, in der sie Diskriminierung als Araber erleben. Diese Ungleichbehandlung wurde in zahlreichen professionellen Umfragen und Studien dokumentiert und in Gerichtsbeschlüssen und Regierungsresolutionen bestätigt. Sie spiegelt sich auch in vielen offiziellen

Berichten und Dokumenten wider. Die jüdische Bevölkerungsmehrheit ist sich dieser Diskriminierung oft kaum bewusst, doch für die Einstellungen und Gefühle der arabischen Bürger spielt sie eine zentrale Rolle. Sowohl im arabischen Sektor als auch außerhalb ist diese Diskriminierung weitgehend verbreitet und ist nach offiziellen Einschätzungen eine wesentliche Quelle der Verärgerung.

Israelisch-arabische Organisationen haben den *Master Plan for the Northern Areas of Israel-Arab* von 1996 als diskriminierend kritisiert, da er als Hauptziele die Zunahme der jüdischen Bevölkerung Galiläas und die Verhinderung eines zusammenhängenden Gebietes arabischer Städte nennt.

Der Untersuchungsbericht der Or-Kommission [...] stellt fest, dass der Umgang der Regierung mit dem arabischen Sektor hauptsächlich von Nachlässigkeit und Diskriminierung gekennzeichnet ist und dass „die Regierung nicht die nötige Sensibilität gegenüber den Bedürfnissen der arabischen Bevölkerung zeigt und nicht genug dafür unternimmt, die staatlichen Ressourcen gerecht zu verteilen“. Im Ergebnis davon herrschen in verschiedenen Gebieten des arabischen Sektors ernsthafte Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit, Landmangel, Probleme im Bildungswesen und eine mit wesentlichen Mängeln behaftete Infrastruktur.

Das „Follow-Up Committee for Arab Education“ weist darauf hin, dass die israelische Regierung im **Durchschnitt 192 US\$ für jeden arabischen Schüler ausgibt, für jeden jüdischen Schüler aber durchschnittlich 1100 US\$**. Die Schulabbrecherquote von arabischen Schülern ist mit 12 % doppelt so hoch wie die von jüdischen Schülern. Das Komitee stellt auch fest, dass im arabischen Sektor 5000 Klassenzimmer fehlen.

Es gibt noch jede Menge Nachweise der Diskriminierung durch den Staat Israel aus jüdischen/israelischen Quellen.

Meine persönliche Ansicht dazu findet sich unter „Meinung zu Palestina“.
Helmut Koch